

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Dringertlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalte mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 119.

Dresden, Mittwoch den 27. Mai 1914.

25. Jahrg.

Die österreichische und italienische Regierung behaupten, daß in der albanischen Frage einmütig seien. Ueber mehreren Orten um Tirana wehen türkische Fahnen.

In Frankreich richtete ein Unwetter große Schäden an. In der spanischen Kammer führte eine heftige Protestrede des Genossen Zuleta gegen den Marokkokrieg zu förmlichen Zumutungen.

Das erste Departement des russischen Reichsrates beschloß eine Voruntersuchung gegen den Genossen Tschibische anzuordnen.

Bei Pachue in Mexiko berunglückten in einem Bergwerk 25 Bergleute tödlich.

Die neugefaltete Unfallverhütung.

kl. Die kapitalistische Produktion hat die Betriebsunfälle zur Massenverheerung gesteigert. Sie hat die Arbeitsplätze zu Schlachtfeldern gemacht, auf denen jährlich Tausende an Leben lassen und Hunderttausende zu Krüppeln geschlagen werden. Die deutsche Statistik der Betriebsunfälle auf das Jahr 1913 verzeichnet 9700 Getötete und 787 674 Verletzte. Welche Unsummen vernichteter Lebensfreude und Lebenskraft! Alle Länder mit moderner Produktion zeigen gleiche Erscheinungen.

Durch zweckentsprechende Maßnahmen könnte die Zahl der Unfälle auf ein Minimum herabgesetzt werden. Aber das einzige Prinzip der kapitalistischen Gütererzeugung ist die Erzielung möglichst umfangreichen Gewinnes für die Unternehmer. Es ist deshalb kein Sinn für Bestrebungen vorhanden, die außerhalb des Rahmens dieses Prinzips liegen oder die gar keine Durchführung besitzbrachten. Die tägliche Praxis zeigt denn auch, wie wenig die Unternehmer für Einrichtungen zur Vermeidung von Betriebsunfällen übrig haben.

Es ist daher widersinnig, wenn die heutige Gesetzgebung die Unfallverhütung in der Hauptsache den Berufsgenossenschaften überträgt, die doch nur die Organisationsarbeit der Unternehmer selbst zur Durchführung der Unfallverhütung sind. Denn es ist heute doch nur die Reichsversicherungsordnung, die eingehendere Bestimmungen über die Unfallverhütung enthält. Es sagen zwar auch die Bestimmungen in den §§ 120a bis e der Gewerbeordnung einiges Allgemeine über den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, aber die zu ihrer Durchführung berufenen polizeilichen Behörden haben noch weniger Neigung zu dieser speziellen Aufgabe gezeigt. Es ist daher kein Wunder, wenn die Unfallverhütung noch außerordentlich viel zu wünschen übrig läßt.

Nach den vom Reichsversicherungsamt herausgegebenen Zusammenstellungen hatten Ende des Jahres 1913 von den 13 gewerblichen Berufsgenossenschaften nur 64 insgesamt 20 Stellen für solche Beamte eingerichtet. Es haben also nur 20 Berufsgenossenschaften überhaupt noch keine Kontrolle der Betriebe eingerichtet. Die angegebene Zahl der Stellen ist gegenwärtig durch 379 Personen besetzt. Dabei ist aber ausdrücklich hervorzuheben, daß bei 300 Stellen die technischen Aufsichtsbeamten gleichzeitig als Rechnungsprüfer tätig sind, was heißt, bei den Unternehmern die Vorkontrollen mit den eingereichten Lohnnachweisen zu vergleichen haben. Am wichtigsten ist die Ueberwachung der Betriebe bei den 48 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die für 5 434 100 Betriebe nur 61 technische Aufsichtsbeamte besetzen. 16 der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften hatten überhaupt keine derartigen Aufsichtsbeamten! Im Jahre 1912 hatten diese Berufsgenossenschaften nur erst 51 solcher Beamten. Das Reichsversicherungsamt strebt zwar seit Jahren eine Besserung der Unfallverhütung bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften an, doch will die Sache nicht vorwärts kommen.

Die gewerblichen Berufsgenossenschaften, bei denen technische Aufsichtsbeamte tätig waren, weisen nach dem gemeinsamen vom Reichsversicherungsamt herausgegebenen Jahresbericht für das letzte Jahr 63 480 Revisionsstage nach, von denen aber nur 46 507 Tage auf Betriebsbesichtigungen entfallen. 8018 Tage entfallen auf die oben erwähnten Lohnnachprüfungen und 8955 Tage auf die Kontrolle der Rentenanwärter. Am verhältnismäßig besten ist die Kontrolle im Baugewerbe. Bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften und der Tiefbau-Berufsgenossenschaft sind insgesamt von den 246 808 Revisionsstagen ausgeführt worden. Bei den übrigen Berufsgenossenschaften sind von 571 690 als vorhanden nachgewiesenen Betrieben 97 665 revidiert worden. Das sind etwa 17 Prozent. Im Jahre vorher waren es 19 Prozent. Es ist also eine Verschlechterung eingetreten. Von den landwirtschaftlichen Betrieben erfährt man die Zahl der revidierten Betriebe überhaupt nicht. Wie unangenehm den Unternehmern die Ueberwachung der Betriebe ist, geht daraus hervor, daß über Bestrafungen wegen Zuwiderhandlungen gegen Unfallverhütungsvorschriften im Jahre 1913 im Reichsversicherungsamt 1093 Beschwerden zu bearbeiten waren. Die Dinge lagen aber so, daß mit ein ganz geringer Zeit dieser Beschwerden Erfolg hatte. Im Jahre 1912 kostete die Ueberwachung der Betriebe den gewerblichen Berufsgenossen-

schaften 2 013 631 Mark, den landwirtschaftlichen nur 185 994 Mark.

Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung ist von der Sozialdemokratie alles versucht worden, die Bestimmungen über die Unfallverhütung zu verbessern. Es ist aber nur wenig erreicht worden. Im Anschluß daran sind im Herbst 1912 unter Mitwirkung des Reichsversicherungsamtes und vieler sonstiger Behörden neue Normal-Unfallverhütungsvorschriften herausgegeben worden. Es sind daraufhin bei allen Berufsgenossenschaften neue Unfallverhütungseinrichtungen eingeführt worden. Von den wesentlichen Neuerungen seien folgende herabgehoben:

Sind in einem Betriebe Arbeiter beschäftigt, die des Deutschen nicht mächtig sind, so müssen ihnen, wenn es gemeinsam eine andere Muttersprache sprechen, die Unfallverhütungsvorschriften in dieser bekannt gegeben werden. Die Strafbestimmungen sind verschärft worden. Zuwiderhandlungen der Unternehmer gegen die Unfallverhütungsvorschriften können nunmehr mit Geldstrafen bis zu 1000 Mark belegt werden. Die Unternehmer können zwar die Pflichten, die ihnen das Gesetz über die Unfallverhütung auferlegt, Betriebsleitern und Aufsichtspersonen übertragen, doch werden sie dadurch der eigenen Verantwortung nicht völlig entbunden. Auch muß die Uebertragung schriftlich geschehen. Als technische Aufsichtsbeamte können auch Personen angestellt werden, die früher selbst den versicherten Betrieben als Arbeiter angehört haben.

Die Teilnahme von Arbeitervertretern an der Unfallverhütung ist etwas erweitert worden. Schon nach den jetzigen Vorschriften waren zur Beratung und zum Beschluß über die einschlägigen Bestimmungen vom Genossenschaftsvorstand Vertreter der Versicherten mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl wie die beteiligten Vorstandsmitglieder zuzuziehen. Es ist aber dorgekommen, daß die Vertreter während ihrer ganzen fünfjährigen Amtsperiode überhaupt nicht in Aktion getreten sind. Nunmehr bestimmt aber § 837 der Reichsversicherungsordnung, daß alljährlich der Vorstand der Genossenschaft unter Hinzuziehung der Vertreter der Versicherten und der technischen Aufsichtsbeamten Stellung zu nehmen und die Maßnahmen anzuregen hat, die zur Besserung der Unfallverhütungsvorschriften bedingt erscheinen. Hierzu hat das Reichsversicherungsamt einige Ausführungsanweisungen gegeben. Danach muß u. a. die Beratung unbedingt alljährlich stattfinden, auch mündlich sein. Es genügt nicht, die Zusammenkünfte nur dann vorzunehmen, wenn etwa die Vertreter zu dem ihnen übermittelten Vorbericht Vorschläge laut werden lassen. Die neuen Normal-Unfallverhütungsvorschriften, die von den einzelnen Genossenschaften möglichst wörtlich, wenigstens nicht eingeschränkt, übernommen werden sollen, enthalten vor allem veränderte Bestimmungen über die Verwendung des elektrischen Stromes, Vorsorge für die Verletzten sofort nach dem Unfall, stärkere Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs, die zunehmende Verwendung von Dampfmaschinen usw.

Wie diese Änderungen sind im Jahre 1913 durchgeführt worden. Die Arbeitervertreter zur Beratung der Unfallverhütungsvorschriften wurden erstmalig „auf der ganzen Linie“ zusammenberufen und nahmen zu den Berichten der Aufsichtsbeamten Stellung. Die Arbeitervertreter gaben manchen guten Rat, die die Unfallverhütung ausgebaut werden kann. Es muß aber die neue Einrichtung noch mehr nutzbar gemacht werden. Zurzeit sind rund 2580 derartige Arbeitervertreter vorhanden. Ihrer Tätigkeit fehlt bislang noch die Einheitlichkeit. Einige der freigelegten Zentralverbände haben die Arbeitervertreter der Berufsgenossenschaften für die „zuständig“ sind, zusammenberufen und mit ihnen Beratungen gepflogen. Es wird diese Einrichtung noch mehr ausgebaut werden müssen. Gerade weil die Einrichtungen zur Vermeidung der Betriebsunfälle noch ungenügend sind, muß alles aufgebodden werden, sie zu verbessern. Auch hier ist der Kampf der Vater aller Dinge. Die neuen Einrichtungen müssen zur fruchtbringenden Tätigkeit anspornen.

Reaktionäre Wut über Stendal.

Wie prahlte doch die Reaktionspresse laut vom „Zug nach rechts“, der wieder durch das deutsche Volk gehe! Besonders die Nachwahl von Jeridow, wo die Sozialdemokratie das 1912 durch einen Zufallsereignis gewonnene Mandat verlor, ließ die konservativen Hoffnungen himmelhoch schwellen. Doch die Enttäuschungen folgten bald, und wie groß diese Enttäuschung ist, das zeigt die bissige Wut, die jetzt in der Presse der Reaktionäre überherrscht. Nach der Niederlage in Porna-Pegau kommt der Verlust des Mandates in Stendal-Osterburg — die konservative Partei, die in Preußen die Allein herrschaft mit allen Mitteln der Gewalt übt, sieht ihre Vertretung im Reichstage immer häufiger zusammensinken. Kein Wunder, daß man schimpft und tobt.

Kreuzzeitung und Deutsche Tageszeitung überschütten den ihnen schon immer schwer verhassten Vorsitzenden des Bauernbundes Bachhorst die Wende mit heftigsten Ausdrücken ihres Grolls. Er zieht in den Reichstag ein als der „Vertrauensmann der Sozialdemokratie“; er ist zum Ziele gelangt nur „auf den Schultern der Unflätler“; er hinkt vorbei auf den Krücken, die ihm die Republikaner zur Verfügung gestellt haben; erst ist beladen mit den Ketten seiner Zu-

sagen an die Sozialdemokraten“. Der Kerger treibt die konservativen Zeitungen weiter zu Offenbarungen, die unsere vollste Heiterkeit erwecken. Die Sozialdemokraten sollen vor der Hauptwahl den Kampf „gedämpft“ haben, um nicht selbst in eine doch aussichtslose Stichwahl zu gelangen; erst bei der Stichwahl seien dann die Woten aus allen Ecken hervorgerochen. Die Kreuzzeitung wittert ein noch viel größerer Komplott:

„Angesichts solcher Erscheinungen drängt sich der Verdacht auf, zwischen Porna-Pegau und Osterburg-Stendal könne ein geheimes Abkommen bestanden haben. Porna solle rot werden, Osterburg-Stendal liberal.“

Alle diese Ausfälle reaktionärer Wut betreffen uns nur, wie schwer die letzten Wählerfolge den Junkern auf die Herzen gefallen sind. Das hätte den Junkern so gepast, wenn die Sozialdemokraten durch Stimmenthaltung den konservativen Sieg gesichert hätten. Nun schimpfen sie auf die Liberalen, daß diese sich mit den sozialdemokratischen Stimmen wählten lassen, die für sie, die Konservativen, auf keinen Fall zu haben sind.

Auch die Zentrumspreffe nimmt an den Schmerz und dem Joru der konservativen Kreise einen Anteil. Die Kölnische Volkszeitung zeigt eine wahrhaft rührende Besorgnis um — die sozialdemokratischen Grundzüge:

„Die Sozialdemokratie ist ja wohl der eigentliche Sieger in Stendal; aber auch für sie ist dieser Sieg nicht glorioz, vielleicht noch weniger als für Herrn Bachhorst die Wende. Wieder hat sie gezeigt, wie prächtig sie, die unermüdete Prinzipienpartei, es gelernt hat, auf Grundzüge zu stehen. Ihre ganze Taktik bestimmt sich bloß nach dem durch die Uebernahme der Reichstage. Die Radikalen, die einst vor der Verparlamentierung der Klassenpartei wärmten, sind auch längst Opportunisten geworden, und das heilige Gebaren im Reichstag und Landtag hat vielleicht nur noch den Zweck, die Genossen im Lande, die noch ein höchstes rühmendes Ziel, über die rein opportunistische Richtung ihrer Reichstagspolitik zu täuschen.“

Das macht die Sozialdemokratie natürlich nicht unglücklich. Im Gegenteil: ihre Führer wissen ganz gut, warum sie diese Wege gehen, warum ihnen das Ringen um parlamentarische Macht, und wenn's auch nur in „selbstloser“ Unterwürfung der liberalen Parteien, ja sogar der Heberpartei vom Bauernbunde, besteht, jetzt zur heherrschenden Richtung ihres Handelns geworden ist.“

Wenn das Zentrum, die Krupelloseste aller Parteien, der Sozialdemokratie mahnende Predigt über Preisgabe ihrer Grundzüge hält, so weiß jedermann, was davon zu halten ist. Dem Zentrum könnte natürlich nichts mehr gefallen, als wenn die Sozialdemokratie durch ihre Taktik konservativ-kerikale Wählerfolge herbeiführen wollte. Natürlich hat die Sozialdemokratie im Wahlkreise Stendal-Osterburg auch gar keine andere Taktik eingeschlagen als sie sie stets bei ähnlichen Anlässen innehielt. Das Loben der konservativen und kerikalen Blätter bestätigt nur von neuem, daß diese Taktik gut ist, weil sie den schlimmsten Feind am schärfsten trifft.

Peinliches Vorpiel.

Zur deutsch-französischen Parlamentariatskonferenz, die nächster Tage in Basel stattfinden, haben Justiz und Polizei ein peinliches Vorpiel geliefert. Dem Fall Hansi folgt der Fall Element Banard. „Man kann sich nicht wundern“, schreibt der ewig zwischenfallstrobe Pariser Matin, „wenn in einem Lande, das Karikaturenzeiher für Hochverräter ansieht, harmlose Reisende als Espione behandelt werden.“ Was jetzt in französischen Zeitungen über den Hochverratsprozeß Hansi und über die Behandlung Element Banards und seiner Gefährten in St. In zu lesen steht, das muß auf die Franzosen ungefähr wie eine Schilderung russischer Zustände wirken. Und es ist selbstverständlich, daß die Presse des Rüstungskapitals drüben diese Fälle in ähnlicher Weise bemut, wie hierzulande der Fall Berliner bemut worden ist.

Die polizeioffizielle Presse gibt sich noch immer Mühe, das Verhalten der Kölner Polizei zu rechtfertigen. Vergebliches Unterfangen! Denn da die Kölner Polizei ihre vier Gefangenen wieder freigegeben und ihrer Rückreise nach Frankreich nichts in den Weg gelegt hat, hat sie selber zugegeben, daß die Verhaftung nicht gerechtfertigt war. Wenn die Polizei aber heute ohne Grund verhaftet, mögen es Zuländer oder Ausländer sein, so ist das wenigstens was man von ihr verlangen kann, daß sie sich wegen ihres Mißgriffs entschuldigt. Das ist unglücklicherweise bisher noch nicht geschehen, und es ist selbstverständlich, daß das nachgetragen werden muß. Die Kölner Polizei hat ja darin vom Fall Poljatow her noch Übung.

Die Franzosen beklagen sich darüber, daß sie auf einen bloßen grundlosen Verdacht hin wie Verdächtige behandelt wurden. Die polizeioffizielle Presse glaubt das in Abrede stellen zu können, aber Tausende von Deutschen, die sich in gleicher Lage befanden wie Herr Element Banard und seine Mitgefangenen, werden sich für die Franzosen als Schwurgerichten erheben. Noch nie hat ein unschuldig Verhafteter die üblichen Polizeiprozeduren ohne das Gefühl tiefster Empörung über sich ergehen lassen. Selbst aus Rußland hat man nicht gemeldet, daß Berliner und seine Gefährten gemessen, photographiert und im Zellwagen durch die Straßen geführt worden wären,